

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE

### **Eine klare Zukunft für die Spree - verbindliche Gesamtstrategie jetzt vorlegen**

Der Landtag stellt fest:

Seit einigen Jahren wird deutlich, in welchem Ausmaß die bergbaubedingten Einträge von Eisen und Sulfat in die Spree und ihre Lausitzer Zuflüsse die Ökologie dieser Gewässer gefährden und ihre Nutzbarkeit durch den Menschen einschränken. Das Land hat 2013 ein Programm mit Sofortmaßnahmen insbesondere zur Begrenzung des Eiseneintrags auf den Weg gebracht, und der Landtag hat 2015 die Erarbeitung eines strategischen Gesamtplans zur Reduzierung der Eisen- und Sulfatfracht beauftragt.

Der Landtag begrüßt, dass es mit Hilfe der Sofortmaßnahmen gelungen ist, den Spreewald weitgehend vor einer Verockerung der Fließe zu schützen und dass auch im Südraum der Spree Maßnahmen eingeleitet wurden. Er begrüßt weiterhin, dass mit der Erarbeitung eines Sulfatprognosemodells die fachlichen Grundlagen für den Umgang mit der Sulfatproblematik verbessert wurden und dass Bewirtschaftungserlasse für Sulfat und Eisen nunmehr verbindliche Richtwerte für die Gewässer benennen.

Nun müssen im Sinne eines strategischen Gesamtplans konkrete Maßnahmen erarbeitet und verbindlich festgeschrieben werden, die die Einhaltung der in den Bewirtschaftungserlassen festgelegten Richtwerte gewährleisten. Dabei sind auch die zusätzlichen Anforderungen durch den Klimawandel und das Auslaufen der Tagebaue zu berücksichtigen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bis Juni 2021 dem Landtag den strategischen Gesamtplan mit Maßnahmenkatalog vorzulegen. Der Plan soll gewährleisten, dass die Zielwerte der Bewirtschaftungserlasse für Eisen und Sulfat eingehalten werden können. Er ist mit den Bundesländern Sachsen und Berlin abzustimmen, die Zivilgesellschaft soll bei der Bearbeitung einbezogen werden.
2. bei den Maßnahmen alle Verursacher (aktiven Bergbau und Sanierungsbergbau) zu berücksichtigen.
3. im strategischen Gesamtplan zu berücksichtigen, dass durch den Klimawandel und durch das Auslaufen der Tagebaue und dem damit verbundenen Ende der Einleitung von Sumpfungswässern zukünftig häufiger mit extremen Niedrigwassersituationen zu rechnen ist.
4. den strategischen Gesamtplan eng mit dem geplanten Niedrigwasserkonzept der Landesregierung zu verzahnen.

Eingegangen: 09.06.2020 / Ausgegeben: 09.06.2020

Begründung:

Der Landtag hat im Dezember 2015 die Erarbeitung eines strategischen Gesamtplans gegen die Eisen- und Sulfatbelastung der Lausitzer Gewässer beauftragt (Drucksache 6/3203-B). Darin sollten realistisch erreichbare Zielwerte für die Parameter Eisen und Sulfat festgeschrieben und die Maßnahmen der LMBV und des Betreibers des aktiven Bergbaus zusammengeführt werden. Der Plan sollte bis Ende 2016 vorgelegt werden.

Dies ist inzwischen insoweit - wenn auch stark verspätet - erfolgt, dass in Bewirtschaftungserlassen für Sulfat (April 2019) und Eisen (September 2019) Zielwerte festgelegt worden sind. Die fachlichen Grundlagen wurden durch Erarbeitung eines Sulfatprognosemodells verbessert. Es fehlt aber das eigentliche Kernstück des strategischen Gesamtplans - das Maßnahmenpaket, damit diese Zielwerte auch eingehalten werden können. Nach einem Bericht der Landesregierung vom September 2017 sollten die Maßnahmen in einem „strategischen Hintergrundpapier“ dargelegt werden. Nach Ankündigung auf der Internetseite des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LGBR) sollte dieses „strategische Hintergrundpapier“ bis Ende 2019 fertiggestellt und veröffentlicht werden. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen. Darüber hat das „strategische Hintergrundpapier“ offenbar den Charakter eines Fachgutachtens, dessen Inhalte erst noch in ein verbindliches Handlungskonzept überführt werden müssen. Der strategische Gesamtplan soll daher inklusive Maßnahmenpaket von der Landesregierung dem Landtag zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Das Maßnahmenpaket kann eigene Maßnahmen des Landes, innerhalb der LMBV abzustimmende Maßnahmen oder auch auf die Einleitungswerte abzielende Auflagen an die Bergbauunternehmen beinhalten.

Durch die beiden Trockenjahr 2018 und 2019 wurde deutlich, welche zusätzlichen Herausforderungen auf die Spree und ihre Nebengewässer zukommen. Nur mit Mühe und mit einschneidenden Reglementierungen der Gewässernutzung konnte ein Mindestabfluss in der Spree gesichert werden. Eine wichtige Rolle spielten dabei die aus den sächsischen Speicherbecken zur Verfügung gestellten Wassermengen. Einer Mitteilung des MLUK zufolge hat der Freistaat Sachsen nun für 2020 angekündigt, dass statt der vereinbarten 20 Millionen m<sup>3</sup> nur 7 Millionen m<sup>3</sup> Wasser bereitgestellt werden können. Absehbar mittelfristig wesentlich verschärft wird die Problematik dadurch, dass mit dem Auslaufen der Lausitzer Tagebaue die Einleitung von Sumpfungswässern entfallen wird, die heute noch von großer Bedeutung für die Wasserführung der Spree sind.

Die vergangenen Jahre haben auch den Einfluss der Niedrigwassersituation auf die Eisen- und Sulfatproblematik deutlich vor Augen geführt. So ist es im Jahr 2019 nicht gelungen, den im Bewirtschaftungserlass gerade erst festgelegten Zielwert von 280 mg/l am Pegel Neubrück einzuhalten (Drucksache 7/3202). Obwohl laut Bewirtschaftungserlass dann eigentlich Maßnahmen durch das LBGR eingeleitet werden müssten, ist dies nicht erfolgt. Ein Notfallplan für das Wasserwerk Briesen liegt nicht vor, und die Wassersteuerung am Pegel Wilhelmsthal wurde nur noch auf Abflusssicherung, nicht auf Sulfatminimierung abgestellt (Antwort Minister Vogel auf Mündliche Anfrage Nr. 120, Mai 2020). Im Falle einer notwendigen Absenkung des Wasserspiegels der Talsperre Spremberg auf unter 90 m NN ist mit einer erhöhten Eisenkonzentration im Abfluss der Talsperre zu rechnen (Information des MLUL an den ALUL vom 16.10.2018). Die Beispiele zeigen die Notwendigkeit verbindlicher Maßnahmenpläne und eine Abstimmung von Sulfat-/Eisen- und Niedrigwasserkonzept.